

Niederschrift

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 21.04.2010,
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal.

Anwesend:

Ratsvorsitzender:

Karlheinz Bäker

1. stellv. Ratsvorsitzende:

Hannelore Schneider

Bürgermeister:

Gerd-Christian Wagner

stellv. Bürgermeister:

Bernd Köhler

Peter Nieraad

Ratsmitglieder:

Karin Agostini

Reinhard Berndt

Rudolf Böcker

Karin Boomhuis

Dirk Brumund

Jürgen Bruns

Ludwig Bunjes

Gerald Chmielewski

Iko Chmielewski

Ilonka Etzold

Jens-Olaf Fianke

Walter Heidenreich

Erich Hillebrand

Christoph Hinz

Kurt Klose

Christine Lampe

Ingo Langer

Walter Langer

Alfred Müller

Hans-Hermann Niebuhr

Georg Ralle

Jürgen Rathkamp

Raimund Recksiedler

Claudia Rohlf

Steffen Schwärmer

Peter Tischer

Elke Vollmer

Rüdiger Wolf

Herbert Zeidler

von der Verwaltung:

Rainer Adler

Olaf Freitag (zeitweise)

Marion Groß

Rolf Heeren

Dirk Heise

Ingrid Köhler

Jörg Kreikenbohm

Hans-Dieter Vogel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 16.02.2010
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Vertreter der Stadt Varel in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Ems Dollart Region
- 5 Vertreter der Stadt Varel in den Regionalbeirat der JadeBay GmbH
- 6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 6.1 Verwaltungsausschuss vom 07.01.2010**
- 6.1.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 07.12.2010**
- 6.1.1.1 Licht für Varel; Antrag von Vareler Bürger/innen auf durchgehende nächtliche Beleuchtung
- 6.2 Antrag der Ratsherren Hinz und I. Chmielewski zum Thema Abschalten der Straßenbeleuchtung
- 6.3 Verwaltungsausschuss vom 25.02.2010**
- 6.3.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 03.02.2010**
- 6.3.1.1 Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH
- 6.3.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 17.02.2010**
- 6.3.2.1 Bebauungsplan Nr. 189 A -Windpark Hohelucht- und 5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 6.3.2.2 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes in Dangastermoor und Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel (Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage)- Aufstellungsbeschluss
- 6.3.2.3 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 (Bereich Wendehammer Bordumer Straße in Dangast) - Aufstellungsbeschluss
- 6.3.2.4 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 98 - Am Kaffeehaus (Bereich Autohaus) - Aufstellungsbeschluss
- 6.4 Verwaltungsausschuss vom 18.03.2010**
- 6.4.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 09.03.2010**
- 6.4.1.1 Preisanpassungen im Bereich des städtischen Campingplatzes
- 6.4.1.2 Bewirtschaftung des Parkplatzes bei der Nordseekuranlage Deichhörn
- 6.4.1.3 Festsetzung des Preises für die Vermietung des Kursaales in der Nordseekuranlage Deichhörn
- 6.5 Verwaltungsausschuss vom 08.04.2010**
- 6.5.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 15.03.2010**
- 6.5.1.1 Einziehung eines Teilbereiches der Straße Am Schweinedamm/Schweinedamm

- 6.5.2 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 29.03.2010**
- 6.5.2.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2010 und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2009 - 2013
- 6.5.3 Anträge an den Rat**
- 6.5.3.1 Gewährung einer Dienstaufwandsentschädigung an den Bürgermeister der Stadt Varel und seinen allgemeinen Vertreter
- 6.6 Verwaltungsausschuss vom 19.04.2010**
- 6.6.1 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 07.04.2010**
- 6.6.1.1 Wirtschaftliche Situation der Gemeindeschwesternstation der Stadt Varel
- 6.6.2 Anträge an den Rat**
- 6.6.2.1 Resolution zur Stärkung der Gewerbesteuer
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8 Behandlung von Anfragen und Anregungen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzender Bäker eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Die Tagesordnung wird festgestellt. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Er stellt fest, dass Ratsfrau Weikert und die Ratsherren Kickler und Redeker entschuldigt fehlen.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 16.02.2010

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 16.02.2010 wird einstimmig genehmigt.

3 Einwohnerfragestunde

Auf Nachfrage einer Einwohnerin, erklärt Bürgermeister Wagner, dass bei Ablehnung des Antrages zu TOP 6.1.1.1 ein Bürgerbegehren notwendig ist, um durchzusetzen, dass weiterhin das Licht in Varel durchgängig brennt.

Auf Nachfrage einer weiteren Einwohnerin teilt Bürgermeister Wagner mit, dass für das in Auftrag gegebene Einzelhandelsgutachten Kosten in Höhe von ca. 35.000 € entstehen werden. Dieses externe Gutachten ist notwendig, da es sich um eine ganz spezielle Rechtsmaterie handelt und durch die Kapazität der Stadtverwaltung nicht geleistet werden kann.

**4 Vertreter der Stadt Varel in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Ems Dollart Region
Vorlage: 120/2010**

Gemäß § 6 der Verbandsordnung des Zweckverbandes Ems Dollart Region entsendet jedes Mitglied zwei Vertreter in die EDR-Verbandsversammlung. Bei den deutschen Städten ist ein Vertreter der Hauptverwaltungsbeamte. Der zweite Vertreter ist frei bestimmbar.

Folgende Vertreter der Stadt Varel werden vorgeschlagen:

1. Bürgermeister Wagner
2. Vorschlag der CDU/FDP/Bündnis 90/Die Grünen-Gruppe: Ratsherr Kurt Klose

Beschluss:

Als Vertreter der Stadt Varel für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Ems Dollart Region werden folgende Personen benannt:

1. Bürgermeister Wagner
2. Ratsherr Kurt Klose

Einstimmiger Beschluss

**5 Vertreter der Stadt Varel in den Regionalbeirat der JadeBay GmbH
Vorlage: 121/2010**

Zur Unterstützung der JadeBay GmbH wird ein Regionalbeirat gebildet, dem die Bürgermeister und jeweils ein Vertreter des Ehrenamtes aller Städte und Gemeinden der Region angehören werden.

Folgende Vertreter der Stadt Varel werden vorgeschlagen:

1. Bürgermeister Wagner
2. Vorschlag der CDU/FDP/Bündnis 90/Die Grünen-Gruppe: Ratsherr Bernd Redeker

Beschluss:

Als Vertreter der Stadt Varel für die in den Regionalbeirat der JadeBay GmbH werden folgende Personen benannt:

3. Bürgermeister Wagner
4. Ratsherr Bernd Redeker

Einstimmiger Beschluss

6 Berichte und Anträge der Ausschüsse

6.1 Verwaltungsausschuss vom 07.01.2010

6.1.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 07.12.2010

6.1.1.1 Licht für Varel; Antrag von Vareler Bürger/innen auf durchgehende nächtliche Beleuchtung Vorlage: 336/2009/1

Ratsherr Müller kündigt die Unterstützung des Antrages durch die SPD an. Er begründet dies mit der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die durch die nächtliche Abschaltung gefährdet wird. Wenn nur ein einziger Bürger durch das fehlende Licht einen körperlichen Schaden erleidet, rechnet sich die Abschaltung nicht.

Ratsherr Tischer merkt an, dass in der Frage der Haushaltskonsolidierung die SPD Fraktion in der Vergangenheit nichts beigetragen hat. Es gibt dieses Jahr ein Haushaltsdefizit von ca. 5,4 Millionen Euro. Man stehe vor der Notwendigkeit, jeden Monat ein neues Sparkonzept zu entwickeln und bestehende zu überdenken, auch wenn es schwer ist. Er sieht in der Entscheidung eine zumutbare Belastung der Bürger, daher trägt die CDU-Fraktion die Entscheidung weiterhin.

Ratsherr W. Langer kann dem Argument der Sicherheit des Ratsherren Müller nicht folgen. Geld zu Sparen ist ein Argument, ein weiteres Argument ist das Sparen der Ressource Energie und die damit verbundene CO² Reduzierung.

Die MMW-Fraktion unterstützt den Antrag der Bürger, auch wenn die Haushaltssituation die Stadt dazu zwingt jeden Cent zu sparen. Sie könnte sich nur für eine Abschaltung aussprechen, wenn zuvor alle anderen Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft worden wären. In diesem Zusammenhang verweist Ratsherr I. Chmielewski auf die Diskussion um die Fremdenverkehrsabgabe. Es sollte aus seiner Sicht erst im Einnahmenbereich versucht werden, eine Konsolidierung zu erzielen, bevor man an die Ausgaben geht.

Ratsfrau Etzold bemängelt, dass die geringe Höhe der Einsparung kritisiert wird, denn auch kleine Summen helfen zum sparen. Aus ihrer Sicht ist es falsch, eine neue Abgabe als Einsparung zu sehen.

Beschluss:

Dem Antrag auf durchgängige nächtliche Straßenbeleuchtung wird entsprochen.

**Ja: 14 Nein: 20
damit mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**6.2 Antrag der Ratsherren Hinz und I. Chmielewski zum Thema Abschalten der Straßenbeleuchtung
Vorlage: 071/2010**

Bürgermeister Wagner gibt den anliegenden Antrag der Ratsherren Hinz und I. Chmielewski zum Thema Abschalten der Straßenbeleuchtung bekannt.

Ratsherr I. Chmielewski stellt seine Intention für diesen Antrag dar. Die Diskussion um das Licht in Varel ist sehr festgefahren. Sparen ist der richtige Ansatz. Der Antrag soll ein Kompromiss sein, um Varel wieder attraktiver zu gestalten, insbesondere der Bereich Bahnhof. Hier kommt der letzte Zug um 24.00 Uhr an und das Licht geht gleichzeitig aus. Es wäre eine geringfügige Änderung des Beschlusses, den die Sparbefürworter aus seiner Sicht annehmen könnten.

Ratsherr Hinz stellt klar, dass die Gruppe keine „Basta-Politik“ betreiben möchte. Sie sucht Gespräche und Diskussionen. Die Gruppe hat sehr viel über den Antrag diskutiert. Aus seiner Sicht wäre es eigentlich Aufgabe der Bürger bzw. der Opposition so einen Kompromissantrag zu stellen. Ratsherr Hinz hat den Eindruck, als wollten die „Licht für Varel Befürworter“ das Problem gar nicht gelöst haben.

Ratsherr Müller stellt klar, dass die SPD diesen Antrag auch unterstützen wird. Ebenso wird sie selber Anträge stellen, um dieser Situation Abhilfe zu schaffen. Des Weiteren nennt er die Situation in Dangast. Es kommt die Saison und da hält er es nicht für richtig, um Mitternacht das Licht auszustellen.

Ratsherr Böcker spricht sich dafür aus, über die Härtefälle zu diskutieren. Er wird sich daher der Stimme enthalten.

Beschluss:

Die Abschaltung der Straßenbeleuchtung wird auf die Zeit zwischen 0:30 Uhr und 5:00 Uhr verkürzt.

**Ja: 15 Nein: 18 Enthaltungen: 1
damit mehrheitlicher Beschluss dagegen**

6.3 Verwaltungsausschuss vom 25.02.2010

6.3.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 03.02.2010

**6.3.1.1 Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH
Vorlage: 024/2010**

Beschluss:

Die Stadt Varel steigt aus der gemeinsam mit der Raiffeisen-Volksbank Varel-Nordenham eG errichteten Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH aus. Die Gesellschaft wird aufgelöst.

Einstimmiger Beschluss

6.3.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 17.02.2010

6.3.2.1 Bebauungsplan Nr. 189 A -Windpark Hohelucht- und 5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 028/2010

Beschluss:

Die in der Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz zu entnehmenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 189 A Windpark Hohelucht, wird als Satzung nebst Begründung beschlossen. Der Entwurf der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Begründung wird festgestellt.

Einstimmiger Beschluss

6.3.2.2 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes in Dangastermoor und Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel (Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage)- Aufstellungsbeschluss Vorlage: 029/2010

Beschluss:

Gemäß §§ 2, 5 und 30 Baugesetzbuch wird die Aufstellung des Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Geltungsbereich kann dem Lageplan entnommen werden. Der Bebauungsplan erhält die Nr. 196. Bei der Änderung des Flächennutzungsplanes handelt es sich um die 11. Änderung. Die Planung ist dem Antragsteller mit städtebaulichen Vertrag zu übertragen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit der Träger öffentlicher Belange kann ohne erneute Vorstellung der Planung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz durchgeführt werden.

Einstimmiger Beschluss

6.3.2.3 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 (Bereich Wendehammer Bordumer Straße in Dangast) - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 031/2010

Beschluss:

Gemäß §§ 2 und 30 Baugesetzbuch wird die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 beschlossen. Die Änderung soll im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt werden. Der Geltungsbereich kann dem Lageplan entnommen werden. Bei der Änderung handelt es sich um die 11. Änderung des Bebauungsplanes. Die Planung ist dem Antragsteller mit städtebaulichen Vertrag zu übertragen.

Einstimmiger Beschluss

**6.3.2.4 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 98 - Am Kaffeehaus (Bereich Autohaus) - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 033/2010**

Beschluss:

Gemäß §§ 2 und 30 Baugesetzbuch wird die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 98 beschlossen. Der Geltungsbereich kann dem Lageplan entnommen werden. Bei der Änderung handelt es sich um die 3. Änderung des Bebauungsplanes. Die Planung ist dem Antragsteller mit städtebaulichen Vertrag zu übertragen.

Einstimmiger Beschluss

6.4 Verwaltungsausschuss vom 18.03.2010

6.4.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 09.03.2010

**6.4.1.1 Preisanpassungen im Bereich des städtischen Campingplatzes
Vorlage: 075/2010**

Beschluss:

Die Mietpreise für die Plätze der Dauercamper auf dem Campingplatz der Kurverwaltung werden ab sofort um 15,-- Euro pro Platz und Jahr erhöht. Die Müllgebühren für die Dauercamper werden um 15,-- Euro pro Platz und Jahr erhöht, die Gebühr für Müllbeutel für Kurzzeitcamper wird von 1,60 Euro auf 2,00 Euro erhöht.

Einstimmiger Beschluss

**6.4.1.2 Bewirtschaftung des Parkplatzes bei der Nordseekuranlage Deichhörn
Vorlage: 077/2010**

Beschluss:

Die der Nordseekuranlage vorgelagerten Parkplätze werden ab sofort bewirtschaftet. Die Bewirtschaftung erfolgt über einen solarbetriebenen Parkautomaten ganzjährig in der Zeit von 9.00 Uhr bis 19.00 Uhr. Für die erste Stunde wird 0,50 € berechnet, dann pro halbe Stunde 0,50 €. Inhaber der Nordsee-Service-Card parken kostenlos. Für die Kontrolle wird in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt zusätzliche Zeit eingeplant.

Einstimmiger Beschluss

**6.4.1.3 Festsetzung des Preises für die Vermietung des Kursaales in der Nordseekuranlage Deichhörn
Vorlage: 080/2010**

Beschluss:

Der Mietpreis für den Kursaal der Nordseekuranlage Deichhörn wird ab sofort von 300,-- Euro brutto pro Abend auf 400,-- Euro brutto pro Abend erhöht.

Einstimmiger Beschluss

6.5 Verwaltungsausschuss vom 08.04.2010

6.5.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 15.03.2010

**6.5.1.1 Einziehung eines Teilbereiches der Straße Am Schweinedamm/Schweinedamm
Vorlage: 079/2010**

Beschluss:

Nach § 8 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (NDS. GVBL. S. 359), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 28. Oktober 2009 (Nds. GVBL. S. 661), werden nachstehend aufgeführte Verkehrsanlagen für den öffentlichen Verkehr entzogen:

Am Schweinedamm/Schweinedamm

Länge der Straße: ca. 1.290 m

Die einzuziehenden Verkehrsanlagen umfassen die Flurstücke 28/8 (zum Teil) sowie 28/3 und 28/6 der Flur 9, Gemarkung Varel-Stadt.

Anfangspunkt: Rüstringer Straße zwischen den Flurstücken 15/12 der Flur 9 und 43/21 der Flur 11, Gemarkung Varel-Stadt.

Endpunkt: Sackgasse vor dem Flurstück 48/1 der Flur 9, Gemarkung Varel-Stadt.

Die Nummer im Straßenbestandsverzeichnis lautet: A 134.

Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Varel.

Einstimmiger Beschluss

6.5.2 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 29.03.2010

6.5.2.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2010 und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2009 - 2013 Vorlage: 105/2010

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2010 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 29.03.2010 anliegenden Fassung beschlossen.

Die Finanzplanung des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für den Planungszeitraum 2009 – 2013 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 29.03.2010 anliegenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

6.5.3 Anträge an den Rat

6.5.3.1 Gewährung einer Dienstaufwandsentschädigung an den Bürgermeister der Stadt Varel und seinen allgemeinen Vertreter Vorlage: 109/2010

Beschluss:

Der Bürgermeister der Stadt Varel und sein allgemeiner Vertreter erhalten ab dem 01. Mai 2010 jeweils eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 90 % der in § 3 Abs. 2 der Niedersächsischen Kommunalbesoldungsverordnung (NKBesVO) jeweils festgelegten Höchstbeträge.

Einstimmiger Beschluss

6.6 Verwaltungsausschuss vom 19.04.2010

6.6.1 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 07.04.2010

6.6.1.1 Wirtschaftliche Situation der Gemeindeschwesternstation der Stadt Varel Vorlage: 112/2010

Die Verwaltung und alle Fraktionen bedanken sich bei den Gemeindeschwestern für ihre gute und engagierte Arbeit.

Ratsherr Müller weist auf die lange Tradition der Gemeindeschwesternstation hin und bedauert ihre Auflösung. Die SPD-Fraktion hat Zweifel an den Berechnungen und der Darstellung des Defizits. In der Kostenaufstellung sind Personalkosten in Höhe

von ca. 21.000 € für eine Verwaltungskraft und pauschal weitere 19.000 € für die Querschnittsämter enthalten. Diese Beträge hält Ratsherr Müller für überdimensioniert. Bei Auflösung der Sozialstation müssten dann im Rathaus ca. 40.000 € Personalkosten eingespart werden können. Dieses bezweifelt er. Auch sieht er, entgegen der Darstellung der Verwaltung, einen Personalabbau, da die Gemeindegewerkschaftler in das Altenheim wechseln und hier befristet Beschäftigte dadurch nicht weiter beschäftigt werden können. Es kann aus seiner Sicht kein Argument sein, dass die Beschäftigten problemlos in anderen Einrichtungen eine Stelle bekommen können. Die SPD-Fraktion wird einer Auflösung nicht zustimmen.

Ratsherr I. Chmielewski weist darauf hin, dass die Entscheidung im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung steht. Die MMW-Fraktion wird diesen Beschluss nicht mittragen, da es aus ihrer Sicht andere Möglichkeiten gegeben hätte, eine Konsolidierung des Haushaltes herbei zu führen, die nicht ausgeschöpft wurden. Ratsherr I. Chmielewski hätte sich gehofft es wäre versucht worden, zunächst durch andere Maßnahmen das Defizit der Gemeindegewerkschaftlerstation zu senken, wie z. B. durch eine Erweiterung der Angebotspalette oder der Nutzung von Synergien mit dem Altenheim und dem Seniorenbüro. Er bedauert, dass über Alternativen kaum geredet und die Schließung so schnell beschlossen wurde. Auch wenn die Mitarbeiter im Altenheim weiterbeschäftigt werden bzw. in den Ruhestand gehen, werden aus seiner Sicht vier Arbeitsplätze abgebaut. Darüber hinaus verzichten die Mitarbeiter durch ihre Umsetzung auf Lohn, es wird daher auf Kosten der Mitarbeiter gespart. Die MMW-Fraktion wird die Schließung ablehnen.

Aus Sicht des Ratsherrn W. Langer ist es nicht Aufgabe der Stadt Varel eine Sozialstation vorzuhalten. Für eine Erweiterung der Angebotspalette wären Investitionen nötig, darüber hinaus würden die Arbeitsplätze weiterhin durch die öffentliche Hand subventioniert. Dieses ginge zu Lasten anderer Einrichtungen, da diese die Subventionen nicht bekämen. Es würde ein öffentlich subventionierter Verdrängungswettbewerb zu Lasten anderer Einrichtungen entstehen, das kann Ratsherr W. Langer nicht mittragen.

Die pauschalen Personalkosten in Höhe von 19.000 € wurden aufgrund der fundierten Aufstellung zur Berechnung pauschaler Verwaltungskosten der KGST (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung) ermittelt und sind nach den Erfahrungen des Ratsherrn W. Langer eher noch zu niedrig angesetzt. Er glaubt nicht, dass die Sozialstation unter den gegebenen Voraussetzungen wirtschaftlich geführt werden kann. Ausdrücklich weist er darauf hin, dass die Patienten weiterhin gut versorgt werden. Da es einen Pflegenotstand gibt, würde jede Pflegefachkraft auch ohne weiteres eine neue Stelle auf dem freien Markt finden.

Ratsfrau Etzold weist darauf hin, dass es in Varel mehrere anerkannte Anbieter gibt, die in diesem Bereich eine sehr gute und umfassende Arbeit leisten. Die Patienten haben weder finanziell, noch qualitativ oder quantitativ einen Nachteil. Die Stadt hat nach Ansicht der Ratsfrau Etzold kein Recht, mit öffentlichen Mitteln ein Konkurrenzunternehmen aufzubauen. Sie weist darauf hin, dass kein Mitarbeiter seinen Job verliert, da alle im Altenheim untergebracht werden können. Es werden auch keine Arbeitsplätze vernichtet, da die anderen Anbieter nur die Patienten übernehmen können, wenn sie das notwendige Personal aufstocken. Es findet daher nur eine Verlagerung der Arbeitsplätze vom öffentlichen Bereich in den privaten statt. Die FDP-Fraktion begrüßt die gefundene Lösung.

Ratsherr Hinz ist sich sicher, dass kein Patient schlechter versorgt wird wie vorher. Die Führung einer Sozialstation ist keine städtische Aufgabe. Das Pflegegesetz fordert ausdrücklich, dass ein freier Markt gefördert wird. Das heißt, Kommunen haben sich aus dem Markt raus zu ziehen, wenn die Versorgung ausreichend sichergestellt

ist und dieses ist in Varel. Daher ist die Schließung eigentlich sogar eine gesetzliche Vorgabe.

Bürgermeister Wagner erläutert, dass die Gemeindeschwesternstation bei ihrer Einrichtung eine mangelnde Versorgung ausgleichen sollte. Heute gibt es keinen Mangel in der Versorgung mehr. Lt. Gesetz muss die Stadt nachrangig tätig werden, insbesondere dann, wenn ein Defizit erzielt wird. Den Vorwurf der SPD, dass die Personalkosten nicht richtig ermittelt wurden, weist er ausdrücklich zurück. Die Kosten wurden präzise ermittelt und sind aus seiner Sicht eher zu niedrig angesetzt. Insgesamt entstand im Jahr 2009 ein Defizit in Höhe von 21.347 €, wobei die Kosten für die Kräfte in Altersteilzeit sogar nicht berücksichtigt wurden.

Zur Verlagerung des Personals in das Altenheim verweist Bürgermeister Wagner auf seine ausführlichen Ausführungen in den Vorberatungen. Im Altenheim Langendam können ca. 80 Std. nicht adäquat mit Fachkräften besetzt werden, so dass alle fest angestellten Gemeindeschwestern übernommen werden können. Die Entscheidung wurde nicht übereilt gefällt, bereits seit dem 30.03.2009 ist dieses Thema in den Gremien und es wurde versucht gemeinsam mit den Mitarbeitern eine Lösung zu finden. Bürgermeister Wagner hält dieses für eine sehr gute Lösung.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist der Grundsatz der Subsidiarität zu beachten. Wenn ausreichend private Anbieter vorhanden sind, sollte die öffentliche Hand zurücktreten. Da zur Zeit die qualifizierten Kräfte ins Altenheim überführt werden können und die Verwaltungskraft in den Ruhestand geht, ist jetzt ein sehr guter Zeitpunkt es allgemein verträglich umzusetzen. Durch die Schließung werden keine Arbeitsplätze abgeschafft. Die von Herrn Chmielewski vorgeschlagenen Synergieeffekte bei einer Verbindung mit dem Altenheim zweifelt Ratscherr Tischer an. Eine Ausweitung des Angebotes würde zu Anlaufverlusten führen und gleichzeitig den Grundsatz der Subsidiarität verletzen. Aus seiner Sicht gibt es keine Alternative.

Ratscherr Klose gibt zu bedenken, dass auch kleine Einsparungen für die Haushaltskonsolidierung notwendig sind. Seiner Ansicht nach ist die Schließung eine Entscheidung auf dem richtigen Wege, im Sinne des Gemeinwohls.

Ratscherr Bruns stellt dar, dass nicht ersetzte Fluktuation auch Personalabbau ist. Er bedauert diese Entwicklung und sieht darin einen Privatisierungswahn an jeder Ecke. Aus seiner Sicht ist die Mehrheitsgruppe ein Gesamtkonzept für die Seniorenarbeit schuldig geblieben.

Ratscherr W. Langer weist dieses zurück und erinnert daran, dass er jahrelang von der SPD ein solches Konzept eingefordert und Vorschläge dazu gemacht hat, die von der SPD ignoriert wurden. Darüber hinaus wehrt er sich gegen den Vorwurf des Arbeitsplatzabbaus, in diesem Fall werden lediglich Synergieeffekte sozialverträglich genutzt.

Beschluss:

Die Gemeindeschwesternstation der Stadt Varel wird zum 30.06.2010 geschlossen.

Die bisher von der Gemeindeschwesternstation betreuten Patienten sind – unter Berücksichtigung deren Wünsche – an andere Betreuungsdienste zu vermitteln.

**Ja: 20 Nein: 14
damit mehrheitlicher Beschluss**

6.6.2 Anträge an den Rat

6.6.2.1 Resolution zur Stärkung der Gewerbesteuer Vorlage: 135/2010

Der Niedersächsische Städtetag hat mit Schreiben vom 14.04.2010 den anliegenden Entwurf einer Resolution zur Stärkung der Gewerbesteuer vorgelegt, der durch den Rat der Stadt beschlossen werden kann.

Ratsherr Hillebrand weist darauf hin, dass die Kommunalfinzen schon weit über 10 Jahre im Argen sind und er dieser Resolution, auch wenn sie nur Makulatur ist, zustimmt. Die Landesvertreter hätten schon lange tätig werden müssen.

Ratsfrau Etzold erkennt die dramatische Lage. Die FDP wird sich aber enthalten, da noch keine abschließende Bewertung der unterschiedlichen Finanzierungsmodelle vorliegt.

Beschluss:

Anliegende Resolution wird beschlossen.

**Ja: 31 Enthaltungen: 3
damit mehrheitlicher Beschluss**

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen.

8 Behandlung von Anfragen und Anregungen

Ratsherr Hillebrand weist darauf hin, dass für die weiteren Planungen zur Kenntnis zu nehmen ist, dass sich die Inbetriebnahme des Hafens in Wilhelmshaven wesentlich verzögern wird. Es gibt auch schon Äußerungen, dass sich der Hafen aufgrund der voraussichtlichen Umschlagzahlen nicht mehr rentiert.

Um 20:35 Uhr schließt Ratsvorsitzender Bäker die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Karlheinz Bäker
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)